

53.0 - Koordination der Gesundheitsförderung, Verwaltungsaufgaben

## Mitteilung

für den  
öffentlichen Sitzungsteil

Gremium	Datum	Zuständigkeit
Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung	01.02.2012	Kenntnisnahme

Tagesordnungs-Punkt	
	<b>Frühe Hilfen; hier: Sachstandsbericht zur Umsetzung der Verordnung zur Datenmeldung der Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen (U-TeilnahmeDatVO) im Rhein-Sieg-Kreis</b>

### Mitteilung:

Am 13.09.2008 ist die U-TeilnahmeDatVO in Kraft getreten. Seitdem sind Ärztinnen und Ärzte verpflichtet, jede durchgeführte Früherkennungs-Untersuchung von U 5 – U 9 (ca. 6 Monate bis ca. 5 Jahre) an das frühere Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit (LIGA NRW, ab 01.01.12 Landeszentrum Gesundheit –LZG NRW-) zu melden. Erfolgt eine solche Meldung nicht, ergeht ein Erinnerungsschreiben an die Erziehungsberechtigten. Kommt es innerhalb einer bestimmten Frist nicht zur Durchführung der Untersuchung, ergeht eine Nachricht an das Jugendamt.

Das Kreisgesundheitsamt und das Kreisjugendamt arbeiten auf der Basis einer Kooperationsvereinbarung zur gemeinsamen Umsetzung der UTeilnahmeDatVO zusammen. Die beim Jugendamt eingehenden Daten werden dort zentral erfasst bzw. abgeglichen. Die Zuständigkeit zur Bearbeitung verbleibt im Jugendamt, wenn für das gemeldete Kind/die Familie bereits Jugendhilfeleistungen in Form von Hilfe zur Erziehung erbracht werden oder sich in entsprechender Aushandlung befinden und/oder aktuelle Verfahren nach § 8a SGB VIII durchgeführt werden. Alle anderen Fälle werden der Fachkraft des Gesundheitsamtes zur weiteren Bearbeitung übergeben.

Im Jahr 2011 wurden dem Rhein-Sieg-Kreis insgesamt 957 Fälle vom LIGA gemeldet. Das entspricht ca. 15% aller Kinder im Altersspektrum U 5 – U 9. Dabei zeigt sich, dass die Früherkennungsuntersuchungen mit steigendem Lebensalter der Kinder deutlich weniger in Anspruch genommen werden.

Entsprechend den Kriterien in der Kooperationsvereinbarung fielen 93,5 % der Meldungen in die Bearbeitungszuständigkeit des Gesundheitsamtes.

Bis jetzt wurden 864 Fälle abschließend bearbeitet. Rd. 22% davon -und damit deutlich weniger als in den Vorjahren- erwiesen sich nach Kontaktaufnahme mit den El-

